

Antrag

der Abgeordneten Gudrun Schaich-Walch, Wolf-Michael Catenhusen, Margot von Renesse, Tilo Braune, Dr. Eberhard Brecht, Hans Büttner (Ingolstadt), Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Petra Ernstberger, Lothar Fischer (Homburg), Stephan Hilsberg, Eike Hovermann, Klaus Kirschner, Dr. Hans-Hinrich Knaape, Horst Kubatschka, Brigitte Lange, Waltraud Lehn, Doris Odendahl, Dr. Martin Pfaff, Dr. Edelbert Richter, Günter Rixe, Dr. Hansjörg Schäfer, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Regina Schmidt-Zadel, Heinz Schmitt (Berg), Dr. R. Werner Schuster, Bodo Seidenthal, Wieland Sorge, Antje-Marie Steen, Dr. Peter Struck, Jörg Tauss, Margitta Terborg, Franz Thönnies, Reinhard Weis (Stendal), Matthias Weisheit, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Dr. Wolfgang Wodarg, Verena Wohlleben, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

UNESCO-Deklaration zum Schutz des menschlichen Genoms im Deutschen Bundestag beraten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit mehr als drei Jahren arbeitet ein von der VN-Organisation eingesetztes internationales Bioethik-Komitee an einem Deklarationsentwurf zum Schutz des menschlichen Genoms. In diesem Jahr soll diese internationale Deklaration verabschiedet werden. Obwohl sie für die Mitgliedstaaten keine Bindungswirkung entfalten wird, werden die Inhalte für die weitere Entwicklung von medizinischer und biologischer Forschung und die daraus resultierenden Anwendungsmöglichkeiten eine Schrittmacherfunktion haben.

Über die Inhalte der Deklaration ist die Öffentlichkeit bisher lediglich über die Presse informiert worden. Ein gesellschaftlicher Diskurs hat, von einem Workshop der deutschen UNESCO-Kommission abgesehen, nicht stattgefunden. Der Deutsche Bundestag ist über die Inhalte der Deklaration und ihre Bewertung durch die Bundesregierung nicht unterrichtet worden.

Die aktuelle Diskussion über die neuen Erkenntnisse und Möglichkeiten der biologischen und medizinischen Forschung zeigen die dringliche Notwendigkeit Grenzlinien einzuziehen, um der brisanten Entwicklung einen gesellschaftlich erwünschten Rahmen zu geben. Gerade das Beispiel des Klonens von Tieren

hat die Öffentlichkeit und die Politik aufgeschreckt und letztere zu einem gemeinsamen politischen Handeln bewegt.

Es zeigt sich immer mehr, daß die Unterzeichnung von internationalen Konventionen und Deklarationen durch die Regierungen von der Bevölkerung nicht mehr als normales Regierungshandeln im Rahmen einer vorrangigen Zuständigkeit empfunden wird. Die Festlegungen, die in den angesprochenen übernationalen Vereinbarungen getroffen werden, haben solch tiefgreifende Wirkungen in die Gesellschaften hinein, daß eine Verpflichtung entsteht, die Inhalte bereits vor der Paraphierung breit zu diskutieren und in den gesellschaftlichen Entscheidungsprozeß zu geben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. den Deutschen Bundestag über die Inhalte der UNESCO-Deklaration und ihre Haltung dazu zu unterrichten und
2. die Empfehlungen der zuständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestags bei den Verhandlungen zu berücksichtigen.

Bonn, den 14. Mai 1997

Gudrun Schaich-Walch
Wolf-Michael Catenhusen
Margot von Renesse
Tilo Braune
Dr. Eberhard Brecht
Hans Büttner (Ingolstadt)
Edelgard Bulmahn
Ursula Burchardt
Petra Ernstberger
Lothar Fischer (Homburg)
Stephan Hilsberg
Eike Hovermann
Klaus Kirschner
Dr. Hans-Hinrich Knaape
Horst Kubatschka
Brigitte Lange
Waltraud Lehn
Doris Odendahl
Dr. Martin Pfaff
Dr. Edelbert Richter

Günter Rixe
Dr. Hansjörg Schäfer
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Regina Schmidt-Zadel
Heinz Schmitt (Berg)
Dr. R. Werner Schuster
Bodo Seidenthal
Wieland Sorge
Antje-Marie Steen
Dr. Peter Struck
Jörg Tauss
Margitta Terborg
Franz Thönnies
Reinhard Weis (Stendal)
Matthias Weisheit
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Wolfgang Wodarg
Verena Wohlleben
Rudolf Scharping und Fraktion